



## Antisemitismus bekämpfen: Union will härtere Strafen

Bundestag fordert Schutz jüdischen Lebens in Deutschland | CDU/CSU bekräftigt Solidarität mit Israel

Unfassbar, aber wahr: 85 Jahre nach der Reichspogromnacht kommt es zu wieder antijüdischen Ausschreitungen auf deutschen Straßen. Der Bundestag hat daher in einer vereinbarten Debatte den Schutz jüdischen Lebens in Deutschland vehement angemahnt. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt forderte härtere Strafen für antisemitische Straftaten. Die Unionsfraktion brachte angesichts des Terrors der Hamas einen Leitantrag zur Solidarität mit Israel ein.

„Der Kampf gegen Judenhass auf unseren Straßen gehört nicht nur ins Plenarprotokoll, sondern mit konkreten Maßnahmen ins Bundesgesetzblatt“, sagte Dobrindt. Unter anderem forderte er, Antisemitismus als besonders schweren Fall der Volksverhetzung einzustufen und mit einer Mindeststrafe von sechs Monaten zu belegen. Antisemitische Straftaten von Ausländern müssten zu deren Ausweisung führen. Doppelstaatlern, die antisemitische Straftaten begehen, müsse die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen werden.

Wer nicht friedlich mit den Juden zusammenleben wolle, der könne auch nicht in Deutschland leben, betonte der CSU-Landesgruppenvorsitzende. Für diejenigen, die den Terror der Hamas unterstützten und die die



Zu Gast auf der Tribüne am Donnerstag: Die Holocaustüberlebende Margot Friedländer, Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden, und der Israelische Botschafter Ron Prosor

Einführung eines Kalifats in Deutschland verlangten, habe er nur eine Botschaft: „Die Jüdinnen und Juden gehören unverbrüchlich zu unserem Land, Ihr aber nicht!“

Der Fachsprecher der Unionsfraktion für Kirchen und Religionsgemeinschaften, Thomas Rachel, bezeichnete den Antisemitismus von Links und Rechts als Bedrohung der demokratischen Grundordnung: „Das werden wir nicht akzeptieren.“ Fraktionsvize Dorothee Bär beklagte das Schweigen der Kunst- und Kul- Seite 2

## Dollinger-Realschule in Berlin

Nach der langen Sitzung des Haushaltsausschusses am Mittwoch, wo in diesen Wochen die Detailarbeit für das Budget des Bundes für 2024 gemacht wird, freute sich Josef Rief besonders auf die Besucher aus der Heimat. Eine Gruppe von der Biberacher Dollinger Realschule war in Berlin und schaute auch bei ihrem Abgeordneten im Bundestag vorbei. Neben einer Diskussion mit Josef Rief stand auch ein Vortrag im Plenarsaal des Bundestages auf dem Programm. Josef Rief bot den Schülerinnen und Schülern auch an, ein Praktikum bei ihm in Berlin zu absolvieren. ■



Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



## Fortsetzung von Seite 1

turszene zum Hamas-Terror. Antisemitische Vorfälle im Kultur- und Bildungsbereich seien längst „keine Einzelfälle mehr, sondern ein strukturelles Problem“, sagte Bär – auch unter Verweis auf den Skandal um antisemitische Kunstwerke bei der Documenta.

Dobrindt und Rachel kritisierten die Enthaltung Deutschlands im UN-Sicherheitsrat, als über eine Gaza-Resolution abgestimmt wurde, in der das Massaker der Hamas in Israel vom 7. Oktober nicht erwähnt wurde. Die Bundesregierung hatte dieses Abstimmungsverhalten mit der Vermittlerrolle Deutschlands begründet. „In der Frage der Sicherheit Israels sind wir nicht Vermittler, sondern immer Partei“, unterstrich Dobrindt.

In ihrem Leitantrag betonte die Unionsfraktion angesichts des blutigen Terrors der Hamas erneut ihre Solidarität mit Israel und ihre Entschlossenheit, Antisemitismus in allen Ausprägungen zu bekämpfen. Sie spricht sich für eine dauerhafte Beilegung des Nahost-

konflikts im Rahmen einer Zweistaatenlösung für Israel und die Palästinenser aus. Vor allem soll die Bundesregierung sicherstellen, dass Hilfsgelder zugunsten der palästinensischen Gebiete nur für humanitäre Zwecke verwendet werden. „Wer Israel vernichten will, sein Existenzrecht abspricht oder den Holocaust verharmlost, darf zukünftig keinen Cent deutschen Steuergeldes erhalten“, heißt es in dem Antrag.

Mit Blick auf Deutschland beklagt die Fraktion das „erschreckende Ausmaß des auf Zuwanderung aus den Ländern Nordafrikas und dem Nahen und Mittleren Osten basierenden Antisemitismus“. Straftbarkeitslücken, die bei Demonstrationen zutage getreten sind, müssten geschlossen werden, verlangt die Union. Außerdem forderte sie die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf zur Erleichterung der Einbürgerung zurückzuziehen, „um die Einbürgerung von Antisemiten und Hamas-Unterstützern zu unterbinden“. ■

## **Beschlüsse zur Migrationskrise: „Vertane Chance“ Aktuelle Stunde der CDU/CSU im Bundestag Maßnahmen zum Stopp der illegalen Zuwanderung unzulänglich**

Deutschland steckt in einer schweren Migrationskrise. Städte und Gemeinden sind mit der Zahl der illegalen Zuwanderer überlastet. Die Infrastruktur kommt an ihre Grenzen. Doch die Bundesregierung schafft keine spürbare Abhilfe. Was der Bundeskanzler zusammen mit den Länderchefs an Maßnahmen zur Eindämmung der irregulären Migration beschlossen hat, ist nach den Worten von Thorsten Frei eine „vertane Chance“. Von einer „Zeitenwende“ könne keine Rede sein, sagte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag.

Zu den Ergebnissen des Treffens von Kanzler Olaf Scholz mit den Ministerpräsidenten hatte die Unionsfraktion eine aktuelle Stunde beantragt. Thorsten Frei würdigte darin, dass die beschlossenen Schritte zwar in die richtige Richtung gehen, bei weitem aber nicht ausreichen, um die Herausforderungen zu bewältigen. Ähnlich bewertete dies der innenpolitische Sprecher Alexander Throm. Zwar sei die Not der Regierung in Sachen illegaler Migration groß, die eigenen Ansprüche, die Herausforderung zu bewältigen, jedoch klein.

Frei stellte fest, dass die schwere Migrationskrise, in der Deutschland derzeit steckt, das Resultat von fast

zwei Jahren Ampel-Politik ist. Beispielsweise habe die Ampel das Bleiberecht für abgelehnte Asylbewerber ausgedehnt, den Familiennachzug erweitert und den Spurwechsel in die Arbeitsmigration ermöglicht. Doch selbst jetzt, da der Kanzler die Notwendigkeit zur Begrenzung der illegalen Migration erkannt habe, konterkariere die Koalition dieses Ziel mit Maßnahmen, die das Gegenteil bezweckten. „Das Grundproblem ist, dass Sie kein gemeinsames Verständnis haben, wie Sie diese Krise bewältigen möchten“, schrieb der 1. PGF der Ampel ins Stammbuch.

Throm wies auf die fatalen Folgen der laxen Migrationspolitik der Ampel hin. So sinke die Akzeptanz der Bevölkerung für die Aufnahme von Flüchtlingen auf Tiefststände. Wenn man Humanität leben wolle, müsse man die Bevölkerung mitnehmen, sagte der CDU-Abgeordnete. Auch die Demokratie leide unter der Politik der Regierung: „Sie sorgen dafür, dass die Ränder des politischen Spektrums ständig anwachsen.“ Throm warnte die Ampel davor, das Staatsbürgerschaftsrecht zu lockern. Dies werde sich als „Brandbeschleuniger“ erweisen.

Der CSU-Fachpolitiker Alexander Hoffmann warf der Ampel vor, den Menschen „Sand in die Augen zu streuen“. Sie verkaufe Prüfaufträge als echten Fortschritt. Sie vereinbare Dinge, die niemals ausreichen würden und bei denen heute schon klar sei, dass die Grünen sie nicht mittragen würden. ■